

**Kantonsrat**

## **KANTONSRATSPROTOKOLL**

Sitzung vom 23. März 2026  
Kantonsratspräsidentin Widmer Reichlin Gisela

### **B 65 Weiterentwicklung Standortförderung; Entwurf Änderung des Gesetzes über die Wirtschaftsförderung und die Regionalpolitik / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement**

#### **2. Beratung**

Für die Kommission Wirtschaft und Abgaben (WAK) spricht Kommissionspräsident Guido Müller.

Guido Müller: In der WAK-Sitzung vom 26. Februar 2026 fand die 2. Beratung der Botschaft B 65 «Änderung des Gesetzes über die Wirtschaftsförderung und die Regionalpolitik» statt. Zur Vorbereitung der 2. Beratung wurden von vereinzelt Kommissionsmitgliedern noch klärende Nachfragen an das Departement eingereicht. Diese wurden zur Zufriedenheit der Anfragenden alle schriftlich beantwortet. Für die 2. Beratung lag die Variante mit den Änderungsanträgen der Redaktionskommission vor. Die WAK hat von diesen Kenntnis genommen. Auf die 2. Beratung gingen keine Anträge ein, so dass die Schlussabstimmung vorgenommen werden konnte. Die Kommission stimmte dem Gesetz nach 2. Beratung mit 9 zu 3 Stimmen bei 1 Abwesenheit zu. Die Kommission entschied auf Fraktionssprechende und eine Medienmitteilung zu verzichten. Ich bitte Sie im Namen der WAK, dem Entscheid der Kommission zu folgen und dem Gesetz in der vorliegenden Form ebenfalls zuzustimmen.

Antrag Milena Bühler/Roman Bolliger: Ablehnung der Vorlage.

Für die Kommission Wirtschaft und Abgaben (WAK) spricht Kommissionspräsident Guido Müller.

Guido Müller: Dieser Antrag lag im Prinzip in Form der Schlussabstimmung vor. Die WAK hat der Gesetzesänderung mit 9 zu 3 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt. Ich bitte Sie, der Kommission zu folgen.

Milena Bühler: Mit der vorliegenden Botschaft über die Standortförderung wird ein Subventionsmodell präsentiert, welches die SP-Fraktion in dieser Form entschieden ablehnt. Ein Subventionssystem, das jährlich bis zu 160 Millionen Franken betragen kann. Gelder, die aus der OECD-Mindestbesteuerung zusätzlich in die Staatskasse fliessen, sollen zu einem grossen Teil zurück an die Unternehmen verteilt werden. Für uns ist klar, dass es sich dabei um eine Umgehung der Ziele der OECD-Mindestbesteuerung handelt. Internationale Konzerne sollen ihren fairen Beitrag leisten zur Finanzierung unserer Infrastruktur, unseres Service public und des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Stattdessen schaffen wir ein System, das diese Mittel genau wieder zu denen lenkt, die ohnehin bereits über erhebliche

wirtschaftliche Vorteile verfügen. Besonders problematisch ist dabei die konkrete Ausgestaltung. Der Zugang zu diesen Geldern wird faktisch vor allem Unternehmen ermöglicht, die über entsprechende Ressourcen verfügen, um sich durch die komplexen Förderstrukturen zu kämpfen. Kleine und mittlere Unternehmen bleiben dabei auf der Strecke. Hinzu kommt aus unserer Sicht ein sehr zentraler Kritikpunkt, nämlich das Verordnungsvorgehen. Die eigentlichen Rahmenbedingungen über die Mittelverwendung werden weitgehend in die Verordnung ausgelagert. Das bedeutet, dass wir als Parlament kaum echte Mitgestaltungsmöglichkeiten erhalten. Wir sollen in einem Rahmen zustimmen, ohne substanziell Einfluss auf die konkrete Umsetzung nehmen zu können. Das schwächt den demokratischen Prozess, was wir klar ablehnen. Schlussendlich müssen wir uns eine grundlegende Frage stellen: Setzen wir die richtigen Prioritäten? Wir leben in einer Zeit mit grossen Herausforderungen, sei es im Bereich soziale Sicherheit, Bildung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Klimapolitik oder der Sicherung eines starken Service public. Das sind nur unserer Herausforderungen. Diese Aufgaben betreffen die breite Bevölkerung direkt und verlangen gezielte Investitionen. Stattdessen konzentrieren wir uns bei dieser Vorlage auf die Standortattraktivität und darauf, möglichst viele Unternehmen anzuziehen. Aber Standortpolitik darf kein Selbstzweck sein und muss der Gesellschaft als Ganzes dienen. Mit dieser Vorlage wird diese Balance klar verfehlt. Aus all diesen Gründen lehnt die SP-Fraktion die Vorlage klar ab.

Roman Bolliger: So viel positives könnte man mit den Mitteln machen, die aus der OECD-Mindeststeuer zum Kanton fliessen. So wenig wird damit aus unserer Sicht bewirkt. Der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen wird mit der Vorlage nicht erwähnt. Dabei ist das doch ein zentraler Standortfaktor, wenn nicht der wichtigste überhaupt. Geldverteilung nach dem Giesskannenprinzip zurück an die Grossunternehmen bringt wenig für die Innovation, ist rechtlich heikel und politisch fragwürdig. Mit einem gezielten Mitteleinsatz könnte mehr erreicht werden. Statt in Steuersenkungen und Subventionen für Grosskonzerne haben wir vorgeschlagen, mehr in Innovation und den Aufbau eines Luzerner Cleantech-Clusters, Infrastruktur, Soziales und intakte Lebensgrundlagen zu investieren. Kaum einer der diesbezüglichen Vorschläge wurde aufgenommen. Entsprechend lehnt die Grüne Fraktion die Vorlage ab.

Sabine Heselhaus: Diese Vorlage bleibt im Denken der klassischen Standortförderung stehen. Steuerliche Wettbewerbsfähigkeit allein sichert keine Zukunft, wenn ökologische Belastungen, gesundheitliche Risiken und Versorgungsfragen nicht gleichwertig berücksichtigt werden. Eine moderne Standortpolitik muss breiter ansetzen als es diese Vorlage tut. Deshalb unterstütze ich den Ablehnungsantrag.

Fritz Gerber: Wir haben sowohl in der Kommission als auch in unserem Rat ausgiebig über diese Vorlage diskutiert. Die Vorlage ist ausgewogen. Von den immensen 525 Millionen Franken sollen ungefähr 160 Millionen Franken an die Unternehmen zurückgehen. Man muss sich diese Zahl auf der Zunge vergehen lassen: 525 Millionen Franken, das entspricht pro Arbeitstag 2 Millionen Franken an Zusatzsteuern, welche diese Firmen bezahlen müssen. Zugegebenermassen profitieren vor allem die grossen Unternehmen davon. Die linke Ratsseite möchte das Geld dieser Firmen eigentlich ja auch und will zudem eine Risikostrategie fahren. Nun erhalten die Firmen 160 Millionen zurück, was ungefähr 30 Prozent entspricht. Das ist viel Geld, aber sie bezahlen immer noch 70 Prozent mehr, als sie für innovative Projekte usw. zurückerhalten. Das ist ein kluger Kompromiss, von dem alle profitieren: die Gemeinden mit 100 Millionen Franken, aber auch die Steuerzahlenden. Die OECD-Mindeststeuer wurde nur auf internationalen Druck hin eingeführt, sonst hätte das niemand verlangt in diesem Rat, wahrscheinlich auch die Linken nicht. Jetzt erhalten wir

dieses Geld aber und geben den Firmen 30 Prozent davon zurück. Das ist sehr viel Geld, das an die gleichen Firmen zurückgeht. Helfen Sie trotzdem dabei, diesem Kompromiss zugunsten eines guten Wirtschaftskantons zuzustimmen. Diese Lösung ist immer noch sehr sozial und umfangreich und alle profitieren davon. Ich bitte Sie, der Vorlage zuzustimmen.

Ferdinand Zehnder: Die OECD-Mindeststeuer schwächt unseren Wirtschaftsstandort. Genau aus diesem Grund brauchen wir die Weiterentwicklung der Standortförderung, nicht irgendwann, sondern jetzt. Die Vorlage gibt uns die nötige Flexibilität, um auf internationale Entwicklungen reagieren zu können. Sie schafft keine starren Verpflichtungen, sondern ermöglicht es uns, die Mittel dort einzusetzen, wo sie am meisten bringen. Wer dieses Gesetz ablehnt, nimmt in Kauf, dass Luzern im Standortwettbewerb zurückfällt. Die Mitte-Fraktion sagt klar Ja zur Vorlage und entschieden Nein zum Ablehnungsantrag.

André Marti: Ich habe es anlässlich der 1. Beratung bereits gesagt und wiederhole es gerne nochmals: Die Idee der globalen Mindeststeuer kam nicht von uns, aber sie ist nun einfach Fakt. Sie nimmt uns im wirtschaftlichen Standortwettbewerb eine wichtige Trumpfkarte aus der Hand. Der Kampf um wertschöpfungsstarke Unternehmen wurde vom Steuerwettbewerb zu einem Förderwettbewerb. Wenn wir die hohen Steuererträge dieser Firmen erhalten wollen, müssen wir konkurrenzfähig bleiben. Wir müssen unsere Standortvorteile für die Wirtschaft aktiv verteidigen. Wer abwartet und nichts tut, der verliert. Wer nichts tut, um interessante steuerkräftige Firmen mit zukunftsfähigen Geschäftsmodellen anzuziehen und zu halten, der wird sie eines Tages nicht mehr haben. Dann fallen die interessanten Steuererträge weg und auch die Löhne von Zehntausenden von Bürgerinnen und Bürgern. Die Firmen sind ein wesentlicher Motor des Wohlstands in unserem Land. Die Argumentation der Kolleginnen und Kollegen der linken Ratsseite erinnert mich manchmal an das Bild eines Autorennfahrers, der das Gefühl hat, den Motor zu entfernen und so Gewicht zu sparen, damit das Auto schneller wird. Ob wir wollen oder nicht, in diesem Standortwettbewerb wollen wir mindestens die gleich guten Karten wie andere Standorte. Das Standortförderungspaket ist ein wesentlicher Beitrag dazu. Die Diskussion über den Inhalt haben wir bereits anlässlich der 1. Beratung geführt. Das Paket ist gut und die Stossrichtung ist richtig. Die FDP-Fraktion lehnt den Ablehnungsantrag ab und nimmt das Standortförderungspaket mit Überzeugung an.

Roman Bolliger: Es war von einem Autorennen die Rede. Wir sollten uns dafür einsetzen, dass es um Elektrofahrzeuge oder Nachhaltigkeit geht, wenn schon der Vergleich mit einem Autorennen gezogen wird. Wir sind nicht dagegen, die Unternehmen zu unterstützen. Das sollte aber gezielter und vor allem nachhaltiger erfolgen. Die Lebensgrundlagen sollten zudem auch als Standortfaktor anerkannt werden.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Der Kanton Luzern befindet sich in einer erfreulichen Lage. Sie haben kürzlich auch den Jahresbericht zur Kenntnis nehmen können. Luzern gehört – und das dürfen wir mit Stolz sagen – wohl zu den attraktivsten Lebens-, Wohn- und Wirtschaftsstandorten in unserem Land, vielleicht sogar in Europa oder der ganzen Welt. Wir konnten in den letzten Jahren vermehrt internationale Firmen für unsere Region gewinnen. Es geht nun nicht darum, viele weitere Firmen zu gewinnen, sondern vor allem für die bereits ansässigen attraktiv zu bleiben. Die Welt hat sich in den letzten Monaten und Jahren rasant verändert und damit auch der Standortwettbewerb. Die Einführung der OECD-Steuern bringt neue Herausforderungen: Für Firmen mit einem Umsatz von mehr als 750 Millionen Franken gab es eine Steuererhöhung, im Kanton Luzern von 12,1 auf 15 Prozent. Deshalb wollen wir Gegenmassnahmen ergreifen, damit wir attraktiv bleiben. Nach Abzug des Bundesanteils erhalten wir jährlich 300 bis 400 Millionen Franken, die wir im Aufgaben- und Finanzplan (AFP) einstellen und darüber diskutieren können. Das heisst, dass wir zusätzliche Mittel zur

Verfügung haben. Der Regierung ist es aber vor allem wichtig, dass wir diese zusätzlichen Mittel in Zukunft auch behalten können. Dafür müssen wir attraktiv bleiben, denn es stehen nicht nur diese zusätzlichen Mittel, sondern über 1,1 Milliarden Franken an Steuererträgen von diesen OECD betroffenen Firmen im Risiko. Dagegen wollen wir Massnahmen ergreifen. Das haben wir mit der vorliegenden Botschaft und dem ganzen Paket der Standortförderung getan. Sie kennen die Details des Pakets mit der Finanzierung von Steuerermässigungen für alle, auch die natürlichen Personen und KMU. Nicht aber für die von der OECD betroffenen Firmen, denn das ist in der OECD geregelt. Aber auch zugunsten der familienergänzenden Betreuung, der regionalen Kulturförderung usw. Dieses breite Paket ist Ihnen bekannt. Herzstück der Vorlage ist der Luzerner Innovationsbeitrag (LIB). Pro Jahr sollen 110 bis 160 Millionen Franken an die Firmen zurückfliessen, die Innovation fördern. Weshalb Innovation? Weil Innovation in der Wirtschaftspolitik des Kantons Luzern ein Schwachpunkt ist. Wir befinden sowohl beim UBS-Wettbewerbsindikator als auch beim Kantonalen Innovations- und Kreativitätsindex (KIKI) der Hochschule Luzern in der hinteren Hälfte der Schweiz. Also wollen wir einen Schritt nach vorne machen. Innovation bedeutet Fortschritt und das ist wichtig in Anbetracht der zukünftigen Herausforderungen und des Profits der Unternehmen und dass sie wettbewerbsfähig bleiben. Deshalb ist der LIB ein wichtiges Instrument für die Zukunft für einen attraktiven Wirtschaftsstandort. Neben dem LIB ist eine weitere Förderung in den Bereichen Innovation und Start-ups vorgesehen. Darüber wird Ihnen die Regierung bald eine Vorlage präsentieren. Diese gründet auch auf den im AFP eingestellten Mittel und der aktuellen Gesetzgebung. Wir sind überzeugt, dass wir Ihnen eine ausgewogene Vorlage präsentiert haben. Wir investieren in die Zukunft unseres Standortes, damit wir attraktiv bleiben. Am Schluss profitieren alle Unternehmen davon, aber vor allem auch die Bevölkerung. Wir sind sicher, dass diese Investition in die Zukunft richtig ist. Ich bitte Sie deshalb, den Ablehnungsantrag abzulehnen und der Vorlage zuzustimmen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 87 zu 28 Stimmen ab.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat der Änderung des Gesetzes über die Wirtschaftsförderung und die Regionalpolitik, wie sie aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 86 zu 27 Stimmen zu.